Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Beschaffungsprobleme

Im Schnellverfahren wollte die Bundeswehr fünf neue Korvetten für die deutsche Marine beschaffen. Der Plan war einfach. Ohne Ausschreibung die benötigten Schiffe des Typs K-130 beim ehemaligen Hersteller, basierend auf den Grundlagen und Plänen der Erstbeschaffung, nachbauen zu lassen. Nun klagte die German Naval Yards in Kiel (GNYK) gegen dieses Vorgehen. Als nicht berücksichtige Werft rügt sie dieses Vergabeverfahren wohl zu recht. Das besondere an der Situation ist jedoch, dass sich jetzt zusätzlich der libanesische Besitzer der GNYK in den Rechtsprozess eingeschaltet hat. Dieser beruft sich auf ein deutsch-libanesisches Investitionsschutzabkommen und moniert: «Es kann nicht sein, dass ohne Einbezug sämtlicher Werften ein solches öffentliches Projekt vergeben wird.» Damit läuft die Bundeswehr sogar Gefahr vor ein internationales Schiedsgericht gezogen zu werden. Demzufolge wäre der beabsichtigte rasche Bau der Korvetten durch die Lürssen-Werft nicht mehr möglich und das Projekt würde in die nächste Legislatur, lange nach den bevorstehenden Wahlen, verschleppt. Das für die Verteidigungsministerin von der Leyen zu lösende Problem hat sich dadurch aber noch verstärkt. Die von Lürssen erstellte Offerte ist nun mit knapp 2,9 Milliarden Euro knapp doppelt so teuer wie die Bundeswehr veranschlagte. Die Ministerin zeigt sich jedoch in Kampfeslaune und erklärte anlässlich eines Truppenbesuchs bei der Marine in Kiel, dass sie nicht daran denke, diesen hohen Preis zu bezahlen. Sollte es keine Einigung geben, dann «werden im Sommer die Karten neu gemischt», so von der Leyen. Dass sich die Bundeswehr auf das dünne Eis des schnellen Projektablaufs begab, hat mit einem einfachen Grund zu tun: das Gesamtsystem ist dermassen komplex, dass es einem anderen Hersteller gar nicht erst möglich wäre, eine Nachbeschaffung zu bewerkstelligen, womit bewusst eine Monopolstellung eines einzigen Fabrikanten herbeigeführt wird. Ein ähnliches Schicksal erfährt derzeit die Beschaffung neuer Bundeswehrdrohnen. Geplant war, ein israelisches System (HERON) zu beschaffen. General-Atomics, als Konkurrent aus den USA, reichten dagegen aber Klage ein. Auch dieses Geschäft könnte bis nach den Wahlen verzögert werden.

Korvette Magdeburg der «Braunschweig»-Klasse (K130). Bild: Marine

Schweden

Gripen fliegt neu mit Biotreibstoff

Erstmals wurde ein Kampfflugzeug mittels Biotreibstoff in die Luft gebracht. Im schwedischen Linköping, Saabs Firmengelände, startete Ende März ein alleine durch aus Rapsöl gewonnenem Flugbenzin betriebener Gripen D Zweisitzer. Hinter dem Projekt, dereinst Kampfjets auch unabhängig von Erdölimporten zu betreiben, steht die schwedische Kriegsmaterialverwaltung, Saab und die britische GKN Aerospace. Letztere zeigt sich verantwortlich für die Herstellung des RM12 Düsenantriebs der Gripen C und D und treibende Kraft hinsichtlich nachhaltiger Militärfliegerei. Der verwendete Treibstoff, CHCJ-5 genannt, zeigte keinerlei Probleme und ist zu 100% mit «herkömmlichem Kerosin» austauschbar. Änderungen oder Modifikationen am Jet waren nicht nötig. Stefan Oscarsson, GKN Direktor der Sparte militärische Triebwerke, sichtlich stolz: «Einmal mehr konnten wir zusammen mit unseren schwedischen Partnern unserer Pionierrolle im Vorantreiben der nachhaltigen Fliegerei gerecht werden. Ganz klar, Biotreibstoff kann und wird für Militärjets verwendet werden. Damit reduziert sich dann auch der gesamte ökologische Fussabdruck der Branche und der verschiedenen Luftwaffen.» Oscarssons Ingenieure sind schon seit längerem im so genannten Clean Sky Programm involviert. Dem grössten europäischen Forschungsprojekt mit dem Ziel, durch neue Technologien und viel Innovation die Kohlendioxid- und Abgasemissionen sowie die Lärmpegel von Flugzeugen zu verringern. Der Gripen Öko-Flug wurde zusätzlich von der US Navy und Air Force mit viel Know-how unterstützt: um das neue Bioflugbenzin noch schneller zertifizieren zu können, hat Schweden mit den USA extra ein bilaterales Abkommen geschlossen.

«Grüner» Kampfjet. Bild: SAAB Group

Ostafrika

Militärunion einsatzbereit

Drei Jahre nach ihrer Gründung ist die Eastern Africa Standby Force (EASF) seit April 2017 nun vollständig aufgebaut. Bestehend aus Truppen zehn ostafrikanischer Länder dient die EASF vor allem der Unabhängigkeit von anderen (westlichen) Nationen im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen auf dem Kontinent. Die Idee reicht bis ins Jahr 2002 zurück und hängt direkt mit der Schaffung der Afrikanischen Union zusammen. Der kenianische Armeechef General Samson Mwathethe betont die Wichtigkeit der Allianz und hebt hervor, dass Kenia, Burundi, die Komoren, Dschibuti, Äthiopien, Ruanda,

die Seychellen, Somalia, der Sudan und Uganda nun über eine permanente gemeinsame Streitkraft mit dem primären Ziel, friedensunterstützende Missionen durchzuführen verfügen.

Die EASF kann somit über 5200 Soldaten in kürzester Zeit auf dem gesamten afrikanischen Kontinent mobilisieren. Dazu zählen dreimotorisierte und ein mechanisiertes Infanteriebataillon, fünf so genannten Formed Police Units (für die Übernahme polizeilicher Tätigkeiten in Krisengebieten), 400 einzelne Polizisten, Zivilangestellte, Beobachter und weiteres Personal.

Botschafter Issimail Chanfi, ehemaliger Generalsekretär der EASF zeigt sich deshalb überzeugt und meint: «Bereits ab Morgen, so nötig, können wir sämtlichen Anfragen nach einem Truppeneinsatz ohne zu zögern gerecht werden.» Im Rotationsmodus stellt die EASF deshalb derzeit als Teil der African Standby Force noch bis Juni 2017 das militärische Ersteinsatzelement in Afrika sicher.

Estland

NATO-Cyberübung

Das NATO Cyber Kompetenzzentrum CCDCOE (Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence) in Tallin führte anfangs Mai die bislang grösste, komplexeste und zukunftsgerichtetste Cyber-Abwehrübung durch. Unter dem Decknamen «Locked Shields 2017» kamen etwa 800 Teilnehmer aus 25 Nationen zusammen. Um die Übung realistischer zu gestalten, wurden nebst Technikern auch politische Entscheidungsträger, Rechtsberater und Vertreter der repräsentierten nationalen Sicherheitsgremien beübt. Das Szenario sah einen Angriff auf eine fiktive Air Base der Nordatlantikallianz vor. Durch Cyber-Attacken wurde das für die Führung und den Betrieb des Standortes überlebenswichtige SCADA-System, das mitunter das lokale Stromnetz kontrolliert, angegriffen, Drohnen und deren Bodenstationen gekapert, in Führungsnetze infiltriert und die gesamte technische Infrastruktur auf den Prüfstand gestellt. Dies gelang mittels mehr als 2500 gezielten Cyber-Angriffen auf ca. 3000 verschiedene virtuelle Systeme. Um möglichst viele Erkenntnisse sammeln zu können, legten die Gastgeber der Übung (darunter die estnischen Verteidigungskräfte, die britische Armee, das US European Command, die finnischen Streitkräfte, die schwedische Verteidigungsakademie und die Technische Universität Tallinn) den Fokus vor allem auf die Verteidigung der Computernetzwerke, die IT-Forensik, die rechtlichen Implikationen sowie den Entschlussfassungsprozess. Locked Shields gilt als die wichtigste Cyber-Übung «im scharfen Schuss» und fand heuer bereits zum siebten Mal statt. Der technische Übungsleiter des CCDCOE, Aare Reintam, erklärte zum Abschluss das Team aus Tschechien zum Sieger und fügte an, dass «gutes taktisches Kalkül, die ausserordentlich krisenresistente Herangehensweise sowie eine solide Kommunikation auf strategischer Ebene» zum Erfolg führten. Zum ersten Mal zielte denn auch eine Komponente der Übung auf die so genannten «soft-skills» ab, also wie die Teilnehmer mit den rechtlichen Fragestellungen umgingen und die Ereignisse medial verarbeiteten.

Gefecht der Zukunft. Bild: CCDCOE

Russland

Aufgerüstet

Zeitgleich während Ende April ein am Bosporus kreuzendes Aufklärungsschiff der Schwarzmeerflotte von einem unter togolesischer Flagge operierenden Frachter (unterwegs von Rumänien nach Jordanien mit 8800 Schafen an Bord) gerammt und infolgedessen versenkt wurde, ergab der neuste SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) Bericht über die globalen Militärausgaben, dass Russland mittlerweile Nummer drei – nunmehr vor Saudi Arabien – im weltweiten Aufrüsten ist. Nebst den eigenen Streitkräften werden aber auch Partnerländer und freundlich gesinnte Nationen aus den russischen Arsenalen beliefert. Ein Deal für S-400 Luftabwehrraketen mit der Türkei ist nun definitiv unter Dach und Fach. Für das gleiche System hat sich zudem ein weiterer Interessent gemeldet: Bashar al-Assad. Der syrische Diktator erfuhr innert einem Monat zwei massive Luftschläge auf sein Militär. Einmal mittels US-Amerikanischen Tomahawks und das andere Mal durch einen israelischen Luft-Boden-Angriff auf ein Waffenlager ausserhalb von Damaskus. Beide Angriffe wurden von Präsident Putin scharf verurteilt. Keine Pressemeldungen aus Moskau kamen hingegen zur Verlegung von Luftabwehrverbänden an die 17 Kilometer lange russisch-nordkoreanische Grenze südwestlich von Wladiwostok. Gemeinsam mit China verstärkt dort Russland seine Verteidigungsfähigkeit gegen nordkoreanische ballistische Raketen. An der NATO-Grenze gab es mit 780 abgefangenen Flugzeugen der russischen Luftstreitkräfte alleine im Jahr 2016 ei-

Patriarch Cyril auf der Kazan: «Kriege werden nicht durch starkes Material, sondern die Kraft der Menschen gewonnen.»

nen neuen Rekord. Noch nie seit dem Kalten Krieg mussten so viele Zwischenfälle registriert und Jets der Allianz zwecks Identifikation auf «Hot-Missions» geschickt werden. Alleine vor Alaska, zum ersten Mal seit 2015, wurden Ende April innerhalb von einer Woche an vier aufeinanderfolgenden Tagen russische TU-95-Bomber in der vorgelagerten Verteidigungszone (aber immer noch im internationalen Luftraum) durch amerikanische F-22 abgefangen. Derweil vertritt Russland innerhalb der Shanghai Cooperation Organization (SCO) verstärkt die Interessen des Iran. Die Absicht dahinter, Teheran beim nächsten Gipfel in Astana Anfangs Juni den Transfer vom Beobachterstatus zum voll anerkannten Mitglied zu ermöglichen. Letztendlich wurde Ende März in Severodvinsk am Weissen Meer das unter Projekt 885 laufende Nuklearunterseeboot KAZAN der Yasen-Klasse vom Stapel gelassen und der Truppe übergeben. Marinechef Admiral Wladimir Korolev meint dazu trocken: «Letztes Jahr sind unsere U-Boote insgesamt mehr als 3000 Tage zur See gewesen, eine ausgezeichnete Zahl. Das letzte Mal gab's das noch zu Sowjetzeiten.»

China

Chinesische Flugzeugträger «Liaoning» und «Typ001A» Bilder: apa

Flugzeugträger – Ahoi

Zum 68. Jahrestag der Marine-Einheiten von China hatte die Volksrepublik für die Gäste etwas ganz Besonderes zu bieten: Der erste im Land konstruierte Flugzeugträger stand im Fokus der Feierlichkeiten.

Das Kriegsschiff mit dem vorübergehenden Namen «Typ 001A» ist nicht der einzige Flugzeugträger der chinesischen Marine: Bereits im Jahr 1998 hatte China aus Sowjetbeständen ein ähnliches Schiff von einer ukrainischen Werft gekauft und wieder in Betrieb gesetzt. Aber es ist das erste von China selbst gebaute Schiff dieser Kategorie.

Der neue Träger ist etwas grösser und verdrängt 70000 Bruttoregistertonnen. Er misst 315 Meter in der Länge, 75 Meter in der Breite und erreicht als Spitzengeschwindigkeit stattliche 31 Knoten (57 km/h). Für seinen Bau brauchten die chinesischen Ingenieure lediglich fünf Jahre, modernste Technik macht ihn seinem Vorläufer weit überlegen. Es gibt mehr Platz für die J-15-Kampfjets und Hubschrauber als auf dem älteren Trägerschiff «Liaoning».

Der Neuzugang der chinesischen Flotte wird von Militärstrategen auch als notwendige Erweiterung der Seestreitkräfte gesehen. Besonders vor dem Hintergrund der destabilisierten US-Beziehungen dürfte ein Erstarken der Marine im Sinne der politischen Führung sein. Im Vergleich zur US Navy hat China noch einiges aufzuholen.

Militärbeobachter schätzen die Kapazitäten Chinas im Seebereich auf nur vier Prozent der US-Streitkräfte. Während China lediglich mit dem J-15-Kampfjet aufwarten kann, haben die USA mehrere Flugzeuge, die auch auf dem Meer landen können.

Während China nach dem Stapellauf des «Typ001A» über zwei Flugzeugträger verfügt, haben die USA zehn. Nachdem das Pentagon bekannt gegeben hatte, dass 60 Prozent der Marine-Einheiten bis 2020 in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt werden sollen, sieht sich Chinas Staatsführung mit einem nicht zu unterschätzenden Bedrohungsszenario konfrontiert. Donald Trumps Pläne im Bereich der Seemacht sind ambitioniert: Auf 350 Kriegsschiffe soll die 272 Wasserfahrzeuge starke Armada von heute anwachsen.

Indien

Kooperation und Rüstung

Indien hat eine ballistische Mittelstreckenrakete vom Typ Agni-III getestet. Der Teststart verlief erfolgreich. Ziel des Tests war es, die technischen Systeme und die Kampfbereitschaft der im Dienst stehenden Raketen zu prüfen, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Solche Tests werden regelmässig durchgeführt.

Die Agni-III-Rakete gehört seit dem Jahr 2011 zur Bewaffnung der indischen Streitkräfte. Das Land verfügt über vier Agni-Klassen mit unterschiedlicher Reichweite von 700 bis 3500 Kilometern. Zurzeit wird die Agni-V-Rakete mit einer Reichweite von über 5000 Kilometern getestet. Parallel dazu entwickelt das indische Militär auch eine weitere atomfähige Langstreckenrakete, die Ziele in einer Entfernung von 10000 Kilometern treffen können soll.

Der indische Premierminister Narendra Modi genehmigte auch den Kauf von 40 Einheiten des Barak-8-Luftabwehrsystems, das gemeinsam von Israel Aerospace Industries (IAI) und Indiens Defense Research and Development Organisation (DRDO) entwickelt wurde.

Wert des Deals: 2,5 Milliarden Dollar. «Das System ist in der Lage, feindliche Maschinen, Drohnen sowie Aufklärungsflugzeuge aus einer Distanz von 50 bis 70 Kilometern zu neutralisieren, und schliesst damit eine Lücke in unserer Luftverteidigung», hiess es aus dem indischen Verteidigungsministerium.

Die israelische Tageszeitung Yedioth Ahronoth bezeichnete Barak-8 gar einmal als «Kronjuwel» der militärtechnischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Eine Auslieferung ist für 2023 vorgesehen. Und es ist nicht das einzige israelisch-indische Joint Venture auf diesem Gebiet. In der Pipeline befindet sich ebenfalls ein seegestütztes Langstreckenraketensystem, kurz LR-SAM, für die indische Marine.

Nordkorea

85 Jahre Armee

Mit einer grossen Militärübung hat Nordkorea nach Angaben aus Südkorea den 85. Geburtstag seiner Armee begangen. Es sei die grösste jemals vorgenommene Übung in Nordkorea gewesen, berichtete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf Regierungskreise. Die Artillerieübung fand demnach in der Hafenstadt Wonsan statt und soll von Machthaber Kim Jong-un persönlich überwacht worden sein.

Kurz darauf berichtete Yonhap unter Berufung auf die

Armee, Nordkorea habe «einen unbestimmten Raketentyp» nördlich der Hauptstadt Pjöngjang abgefeuert. Die Rakete sei «offenbar Sekunden nach dem Abschuss explodiert».

Im Streit um das nordkoreanische Atomprogramm hatten die Spannungen zwischen Nordkorea mit Südkorea und den USA zuletzt zugenommen. US-Präsident Donald Trump warnte wiederholt, notfalls im Alleingang gegen Nordkorea vorzugehen. Als Drohgebärde entsandte er einen US-Flugzeugträgerverband vor die koreanische Halbinsel, der dort nach einem Umweg über Australien bis Ende April eintreffen und an Militärübungen mit Südkorea teilnehmen soll.

(Angebliche) Artillerieübung.

Das US-Atom-U-Boot «USS Michigan» legte derweil im südkoreanischen Busan an. Nach südkoreanischen Armeeangaben soll das U-Boot aber nicht an Militärübungen beteiligt werden.

Trump hatte bereits vom UN-Sicherheitsrat Strafmassnahmen gegen Nordkorea verlangt. Der Sicherheitsrat müsse zur Verhängung schärferer Sanktionen bereit sein, sagte Trump vor einem Treffen mit Diplomaten aus Staaten mit Sitz in dem UN-Gremium: «Nordkorea ist ein grosses Weltproblem, und es ist ein Problem, das wir letztlich lösen müssen», so Trump. Auch China und Japan haben die Provokationen Nordkoreas kritisiert.

Nordkorea warnte unterdessen vor schweren Konsequenzen im Fall eines Präventivschlags der USA. In der Parteizeitung «Rodong Sinmun» war von einer «brutalstmöglichen Bestrafung am Himmel, an Land, auf See und Unterwasser ohne Vorwarnung» die Rede.

Venezuela

Unruhig und instabil

Die venezolanische Regierung setzt inmitten schwerer innenpolitischer Konflikte aussenpolitisch auf Isolation. Aussenministerin Delcy Rodríguez kündigte an, dass das Land aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) austreten werde. Die Austrittsverhandlungen würden bis zu zwei Jahre dauern. Der Rückzug erfolgte nach Rodríguez' Angaben auf Anweisung von Präsident Nicolás Maduro. Dieser legte unterdessen im Kurznachrichtendienst Twitter nach und bezeichnete den Schritt, den ältesten Staatenbund Amerikas zur verlassen, als einen Bruch mit dem «imperialen Interventionismus».

OAS-Generalsekretär Luís Almagro ist ein scharfer Kritiker von Maduro und seiner Regierung und hat den Präsidenten mehrfach dazu aufgefordert, die verschobenen Regionalwahlen abzuhalten und auf den Weg der Demokratie zurückzukehren, den Venezuela verlassen habe. Die Demokratie in dem Land sei «tödlich verletzt», sagte der uruguayische Politiker Almagro vor kurzem. Die linksnationalistische Regierung in Caracas hat Almagro längst zum Staatsfeind erklärt. Zu Ostern brannten in dem Land Judas-Figuren mit dem Konterfei des OAS-Chefs. Zuletzt bezeichnete Caracas die Organisation als eine von den USA angeführte «interventionistische Koalition». Aktueller Auslöser der Austrittsentscheidung war der Beschluss des permanenten Ausschusses der OAS, die Aussenminister des Staatenbundes einzuberufen, um die Lage in Venezuela zu erörtern.

Die in Washington ansässige OAS wurde in der Vergangenheit tatsächlich von der US-Regierung dominiert und wurde häufig für deren Interessen in Lateinamerika missbraucht. So schloss die OAS Anfang 1962 Kuba auf Druck Washingtons wegen der «marxistisch-leninistischen» Wende aus. Inzwischen aber hat sich die OAS deutlich von den USA emanzipiert. Allerdings hat sie auch ihre Alleinstellung in der Region eingebüsst. Mittlerweile gibt es mit dem südamerikanischen Staatenbund Unasur und der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten Celac weitere Staatenbünde in der Region, bei denen Washington nicht Mitglied ist.

Proteste und Tote

Auch auf den Strassen Venezuelas halten die Unruhen an: Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Oppositionellen, Regierungsanhängern und Sicherheitskräften sind seit Anfang April mindestens 32 Menschen ums Leben gekommen. Auslöser der seit einem Monat anhaltenden Proteste in Venezuela war eine Entscheidung des Obersten Gerichts vom 30. März, das Parlament zu entmachten und sich dessen Befugnisse anzueignen. Der Beschluss wurde zwar wenig später wieder zurückgenommen, aber er hat den Zorn der Opposition auf Maduro erneut angefacht.

Proteste in Venezuela. Bild: epa

Denn der Präsident versucht bereits seit langem, die Gewaltenteilung auszuhebeln. Seine Gegner werfen ihm einen «fortgesetzten Putsch» vor. Maduro schliesst immer mehr demokratische Wege in Venezuela. So hat er Regional- und Kommunalwahlen abgesagt und ein Abberufungsreferendum gegen sich verhindert. Zudem steckt er Oppositionelle ins Gefängnis oder lässt gegen sie politische Betätigungsverbote verhängen.

Pascal Kohler, Henrique Schneider